

ter dem Gesichtspunkt analysiert, welche Rolle die Armen in ihnen spielen. Neben konkreten Ansätzen – Arbeitslose, die im Namen der Caritas öffentliche Repräsentations- und Diskussionsaufgaben wahrnehmen, oder 72-h-plus, der aktive Einbezug benachteiligter Jugendlicher in die 72-Stunden-Aktion in Kooperation mit der Jugendsozialarbeit – wird vor allem deutlich, welches Spannungsfeld durch die Option für die Armen aufgerissen wird: Einerseits

kirchliche bzw. sozialstaatliche Strukturen mit ihren eigenen Logiken und andererseits die konkreten (armen) Subjekte, die sich schwer in diese Strukturen integrieren lassen und eine Veränderung dieser Strukturen erfordern, insofern sie wirklich zur Partizipation befähigt werden sollen. Welche Rolle spielen dabei kirchliche Verbände: Prophetische Mahnerinnen, Anwältinnen für schwache Interessen oder Geburtshelferinnen für aktive Partizipation?

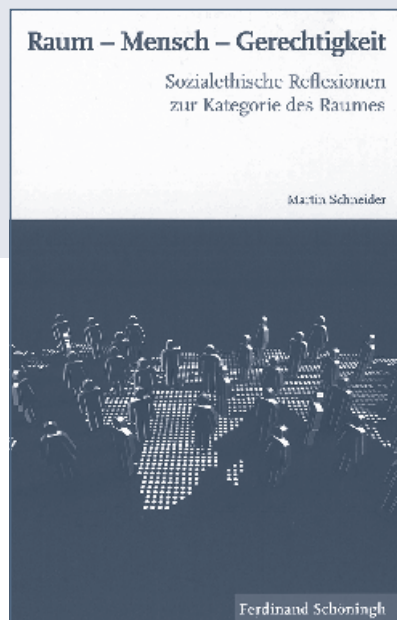
Auch wenn das Forum Sozialethik die Option für die Armen weit vor der Papstwahl für sich entdeckt hat, ist doch zu wünschen, dass der „Franziskus-Effekt“ dafür sorgt, dass einerseits die angestoßenen Diskussionen weitergeführt werden, und andererseits, dass der im kommende Jahr erscheinende Tagungsband auf eine breite und interessierte Leserschaft stößt.

Buchbesprechungen

Raum – Mensch – Gerechtigkeit

Schneider, Martin: *Raum – Mensch – Gerechtigkeit. Sozialethische Reflexionen zur Kategorie des Raumes*. Paderborn: Schöningh 2012, 726 S., ISBN 978-3506775429.

Der Raum ist ein weites Feld – aber wäre er nur dieses, so wäre er kurz abzuhandeln. Doch er ist auch ein Gewerbegebiet, ein Quartier, ein Kontinent, ein Bett, eine Sphäre, eine Metapher ... Man kann ihn physikalisch, geologisch, soziologisch, philosophisch, phänomenologisch, architektonisch, psychologisch, theologisch und (sozial-)ethisch in den Blick nehmen. Er erfährt derzeit – auch in der theologischen Reflexion und in der kirchlichen Praxis – verstärkte Aufmerksamkeit: spatial turn. Vielleicht ist diese Zuwendung aber auch nur eine Form des Nachrufs angesichts des Verschwindens des Raumes durch gesteigerte Geschwindigkeit, elektronische Medien und digital-virtuelle Weltkonstruktionen. Kein Wunder also, dass die Dissertation von Martin Schneider zu



„Raum – Mensch – Gerechtigkeit“ mit 720 Seiten sehr raumgreifend ausgefallen ist und allein 80 Seiten Literaturverzeichnis umfasst. „Nur“ die letzten 230 Seiten wenden sich explizit der sozial-ethischen Perspektive zu.

Das einleitende Kapitel erschließt exemplarisch, dennoch umfangreich und sehr instruktiv die Bedeutung, die raumbezogenem Denken in der Theologie in ihren verschiedenen Fächergruppen zukommt: in der ökologischen Ethik, in einem räumlich-relationalen Trinitätsverständnis des Einwohnens und Raumgebens, in biblischen Raumbildern und Bewegungschoreographien, in der Konzeption von Kirchenräumen sowie in der kirchlichen Raumplanung. Weiterhin werden hier Grundunterscheidungen im Blick auf den Raumbegriff vorgestellt: Container-Raum vs. relationaler Raum, homogener vs. gelebter Raum, physischer Raum vs. sozialer Raum, Ort vs. Raum. Schließlich kommen die zentralen Ziele der Arbeit zur Sprache: „Erstens: Es wird gezeigt, dass einerseits Räume durch menschliches Handeln und soziale Strukturen entstehen, dass aber andererseits daraus räumliche Strukturen entstehen, die eine Bedingung für menschliches Handeln sind und die Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen beeinflussen.“

[...] Zweitens: Auf der Basis eines soziologisch und anthropologisch fundierten Raumverständnisses wird ein Konzept von raumbezogener Gerechtigkeit entfaltet" (103).

Kapitel zwei zeigt wissenschaftsgeschichtlich, wie die Raumwissenschaft Geographie und die Handlungs- und Beziehungswissenschaft Soziologie sich aufeinander zubewegen und daraus ein handlungsorientierter Raumbegriff entsteht. Das Kapitel kumuliert in der Unterscheidung verschiedener Dimensionen der Raumproduktion im Anschluss an Henri Lefebvre, die dann auch die beiden folgenden Kapitel strukturieren.

Das gesellschaftstheoretisch ausgerichtete dritte Kapitel legt unter Bezugnahme auf phänomenologische Deutungen dar, wie Raum durch sinnlich-leibliche Praxis produziert wird und welche Rolle soziokulturelle Zeichen- und Wertvorstellungen und gesellschaftliche Regulationssysteme bei seiner Konstitution spielen. Dabei wird zeitdiagnostisch ein Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Leitbildern, Produktionsweisen und Raumkonzepten hergestellt, so dass wir heute nicht nur eine postfordistische Produktionsweise, sondern auch ein postfordistisches Raumbild mit Betonung von Flexibilität und Verschiedenheit (z.B. Hochschätzung der regionalen Besonderheit) haben.

Das anthropologisch orientierte vierte Kapitel bezieht sich unter dem Titel „Philosophie des Wohnens“ auf den erlebten und erfahrenen Raum. Der Mensch bewohnt den Raum und prägt ihm den Charakter einer „Umwelt“ oder „Mitwelt“ auf. Er kommt darin nicht einfach wie ein Ding vor; dies wäre ein entfremdetes Raumverhältnis. Die Raumerschließung als In-der-Welt-Sein des Menschen wird unter verschiedenen Gesichtspunkten und unter besonderer Bezugnahme auf Heidegger und Sloterdijk reflektiert. Ziel ist es, menschengemäße, nicht entfremdete Raumverhältnisse zu bestimmen, denen als anthropologisch erschlossene auch ein wertend-normativer Status zukommen soll. Zugleich wird die These vertreten, dass soziale Pathologien in

einer Wechselwirkung mit Raumphatologien stehen.

Das fünfte Kapitel wendet sich sozial-ethisch der raumbezogenen Gerechtigkeit zu und beschränkt sich dabei zum einen auf die räumliche Dimension der individuellen Freiheitsrechte (5.1), zum anderen auf die Gerechtigkeit der Verwirklichungschancen in unterschiedlichen kommunalen Quartieren und regionalen Räumen (5.2). Der auf Freiheit fokussierende Abschnitt arbeitet zunächst sehr sensibel die Rechte des Menschen auf (Wohn-)Raum, auf abgegrenzten Raum und damit auf Privatsphäre heraus und thematisiert in diesem Zusammenhang die abwehrenden Freiheitsrechte. Sie werden in den Zusammenhang des Persönlichkeits- und Subsidiaritätsprinzips gestellt. Der umfangreichere zweite Teil befasst sich mit den räumlichen Bezügen von Benachteiligung und Ausgrenzung als Segregation und Peripherisierung bzw. positiv gewendet mit dem Raumbezug von Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Der Einstieg erfolgt bei Bourdieus Reflexionen zum Zusammenhang von sozialem Raum (der nur metaphorisch als Raum zu qualifizieren ist) und dem „wirklichen“, physischen Raum. Die Position im sozialen Raum beeinflusst die Aneignung des physischen Raumes, sodass sich soziale Verhältnisse in den Raum einschreiben; umgekehrt hängen von der Position im physischen Raum auch die Zugangschancen zu den materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ab. Der Autor entfaltet weiterhin die normative Perspektive der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, reflektiert in diesem Zusammenhang ausführlich das Verständnis von Gleichwertigkeit und plädiert für ein differenzsensibles Gleichheitsverständnis, das ihn letztlich zum Befähigungsansatz von Nussbaum und Sen führt.

Nicht sehr glücklich öffnet schließlich die Schlussbemerkung – statt zu schließen – ein neues Miniaturkapitel im Hochkompressionsmodus: über digitale Welten.

Warum diese Arbeit so geworden ist, wie sie ist, erschließt eine Bemerkung des Autors im Vorwort. Sein ursprüngliches

Interesse waren die Zukunftschancen des ländlichen Raumes. Während man am Anfang ein wenig amüsiert zur Kenntnis nimmt, wie eine eher handfeste Fragestellung zu solchen „Ausschreitungen“ führen kann, wird am Ende doch wieder deutlich, dass dieses Interesse seine Spuren hinterlassen, vor allem die Auswahl der sozial-ethisch behandelten Themen beeinflusst hat und abschließend in der Reflexion der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ wieder zum Vorschein kommt. Hätte sich das anfängliche ethische Erkenntnisinteresse auf die Nutzung und Verteilung des arktischen Meeresraumes gerichtet, wäre das Werk vermutlich ganz anders ausgefallen. Trotz des Umfangs hat die Dissertation also – durchaus legitim – einen perspektivischen Zugang zum Raum. Aus einer anderen Perspektive kann man durchaus fragen, ob die zentrale These, dass Raum immer sozial gemacht ist und dass er, nur weil er ein Produkt menschlichen Handelns ist, überhaupt sozial-ethisch reflektierbar ist, in dieser Allgemeinheit zutreffend ist: Gibt es nicht vielleicht doch natürliche – nicht sozial gemachte – raumgebundene Ressourcen, deren Nutzung strittig ist und die so Gegenstand sozial-ethischer Reflexion werden? (Dabei ist natürlich klar – aber auch schon tautologisch –, dass spätestens im Moment der Strittigkeit die soziale Konstitution in vollem Gange ist.)

Das explizit sozial-ethische Kapitel ist nach meinem Eindruck nicht das Stärkste der ganzen Arbeit. Zunächst überrascht nach der vorherigen Breite die Begrenzung auf zwei Zugänge aus einem vielfältigen Spektrum ethischer Fragen mit Raumbezug: von der Ökologie über die Herausforderungen der Migration sowie Fragen einer räumlich gestuften Verantwortlichkeit bis hin zu territorialen Konflikten. Andererseits ist die Begrenzung der Thematik durchaus berechtigt und konzeptionell auch klug gewählt, indem sowohl Freiheit als auch Gerechtigkeit als zentrale normative Größen in ihrem Raumbezug thematisiert werden. Aber gerade die Ausführungen zu den Freiheitsrechten überzeugen am wenigsten. Zwar beginnen sie noch stark mit Über-

legungen zum Raum-Haben als Grundbedürfnis und als Freiheitsbedingung, die zwanglos zur Bedeutung des Wohnens, der Wohnung und deren Unverletzlichkeit weitergeführt werden. Wo die Ausführungen sich allerdings dem Schutz der Privatsphäre, den Abwehrrechten bis hin zur Glaubens- und Gewissensfreiheit zuwenden, wird der Raumbezug lose. Die räumliche Assoziation, die mit dem Begriff „Privatsphäre“ geweckt wird, ist nur begrenzt „wirklich“ räumlich; sie bezeichnet eher eine bestimmte Qualität der Interaktionen, die von besonderer „Nähe“ zur Identität von Personen gekennzeichnet sind. Hier zeigt sich ein generelles Problem: Je konsequenter man Raum sozial konstituiert sieht, desto leichter wird der Raumbegriff zur Metapher. Gar nicht recht verständlich ist, warum in diesem Abschnitt die Sozialprinzipien der Personalität und Subsidiarität ab ovo entfaltet werden müssen – mit kaum vorhandenem Raumbezug.

Stärker am Thema Raum bleiben die unter dem normativen Maßstab der Gerechtigkeit stehenden Ausführungen zur „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ im Blick auf kommunale und regio-

nale Gegebenheiten. Die gerechtigkeits-theoretischen Überlegungen führen hier schließlich zum Befähigungsansatz von Nussbaum und Sen sowie knapp zur Sozialraumorientierung als einer Form der Territorialisierung von Intervention und Empowerment. Insgesamt leiden die Ausführungen dieses Abschnitts unter einem Überschuss normativer Bezugspunkte – impliziter oder expliziter Art. Die soziologischen Konzepte Bourdieus und das Zentrum-Peripherie-Modell Kreckels, die unter der Hand normative Implikationen entfalten, stehen neben expliziten normativen Reflexionen zu Rawls und schließlich zum Ansatz der Förderung von Befähigungen und Verwirklichungschancen, auf den die Überlegungen zu laufen, der aber durch seine nachgelagerte Stellung gerade die vielen normativ aufgeladenen, manchmal recht kleinteiligen Überlegungen zuvor nicht strukturieren kann.

Insgesamt überzeugt die Arbeit jedoch durch eine große Theoriebreite und außerordentliche Theoriestärke, die zugleich verständlich vermittelt wird; sie führt so in das anspruchsvolle philosophische und sozialwissenschaftliche Raum-

denken umfassend ein. Eigentlich ist man dankbar, dass das Buch nicht dünner ist, weil die Themenfelder und Zugänge, die es erschließt, hochinteressant sind und der Autor problembewusste Zugänge bietet. Andererseits ist das Buch doch auch durch seinem Umfang belastet: In einem gewissen Sinn will es Theses und Kompendium zugleich sein. Das ist kein leichter Spagat und gelingt erstaunlicherweise weitgehend, weil das Buch eine sichtbare Denk- und Argumentationslinie hat, die nur selten im Umfang des Materials untergeht. Der Verzicht auf einige Exkurse sowie auf einige Verneigungen vor Mitgliedern der Münchner Fakultät hätte der Arbeit aber gut getan.

Fazit: Das Buch untertreibt; es enthält weit mehr als sozialethische Reflexionen zur Kategorie des Raumes. Es sei insofern nicht nur Sozialethikern, sondern allen Theologen, Sozialwissenschaftlern, Philosophen, Kommunal- und Regionalplanern sowie in der Sozialen Arbeit Engagierten nachdrücklich empfohlen. Nicht umsonst ist es mit dem für Qualität bürgenden Lorenz-Werthmann-Preis der Caritas ausgezeichnet worden.

Bernhard Laux, Regensburg

Medien- und Zivilgesellschaft

Filipović, Alexander/Jäckel, Michael/Schicha, Christian (Hg.): *Medien- und Zivilgesellschaft (Reihe: Kommunikations- und Medienethik, Bd. 1)*, Weinheim: Beltz Juventa 2012, 318 S., ISBN 978-3-7799-3000-6.

Das Netzwerk Medienethik, die Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK) sowie Kooperationspartner der Sektion Medien- und Kommunikationssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie waren an der Tagung „Medien- und Zivilgesellschaft“, die vom 17.-18. Februar 2011 an der Hochschule für Philosophie in München stattfand, beteiligt. Der vorliegen-

de Band dokumentiert die Ergebnisse der Tagung und bildet den Auftakt der neuen Schriftenreihe „Kommunikations- und Medienethik“.

In der Einleitung des Bandes definieren die Herausgeber die Bedeutung der Zivilgesellschaft als wesentlichen Kernbereich neben Staat und Wirtschaft: In ihr mündet die Hoffnung, gesellschaftliche Missstände zu verbessern. Um diese Missstände wahrnehmen und erkennen zu können, bedarf es einer unabhängigen Mediengesellschaft. Zwar herrscht in Deutschland Presse- und Meinungsfreiheit, auch verfügen wir über öffentlich-rechtliche Medien, dennoch unterliegen die Medienbetriebe dem Wettbewerb und sind abhängig vom Rezipientenerfolg. Dieser wird jedoch mehr im Unter-





haltungssektor erzielt als etwa durch investigative Formate. Umso wichtiger erscheint es, – so betonen die Herausgeber in ihrer Einleitung – dass medienethische Prinzipien und Kriterien benannt werden, die einen gewissen Qualitätsstandard der Medien sichern und das Potential von Selbstkontrollinstanzen ausloten. Zivilgesellschaftliche Akteure sind jedoch keineswegs nur Rezipienten, sie sind durch die Entwicklung der Medien auch zu deren Produzenten geworden und so können sie diese für ihre Zwecke und Ziele nutzen. Das Verhältnis von Medien- und Zivilgesellschaft wird in dem Tagungsband anhand von drei Kernfragen diskutiert:

- Welche Bedeutung hat die Medienkommunikation für das freiwillige gemeinschaftliche Handeln von Bürgerinnen und Bürgern?
- Welche Ansprüche können an die Massenmedien, das Internet und die Kommunikationsberufe gestellt werden?
- Genügt die Medienkommunikation dem Ethos der Zivilgesellschaft?

Diesen Fragen widmen sich die Autoren in den vier Abschnitten des Buches.

Im ersten Abschnitt *Welche Zivilgesellschaft? Analyse der Zivilgesellschaft als medienethischer Kontext* wird auf unterschiedlichen Ebenen die Frage diskutiert, wie die Medienlandschaft die Zivilgesellschaft verändert und welchen Einfluss die Zivilgesellschaft auf die Gestaltung der Medien hat. Zum einen wird der Zivilgesellschaft eine hohe Bedeutung zugesprochen; neben Staat und Wirtschaft sei sie eine Art dritter Sektor, der Themen, die an den Rand gedrängt oder politisch brisant seien, wieder stärker in den Vordergrund rückt bzw. erst ins Gespräch bringt. Überwiegend scheinen dies Themen zu sein, die in der Berichterstattung der Medienbetriebe wenig Beachtung finden, da sie politisch unerwünscht oder wirtschaftlich nicht lukrativ sind. Das Internet bietet zivilgesellschaftlichen Akteuren bei solchen Themen eine gute Plattform, da jeder Nutzer, Konsument und Produzent in einem sein kann, eine schnelle weltweite

Vernetzung möglich wird und das Internet kaum kontrollierbar ist. Obschon das Internet von den Autoren als nützliches Medium zivilgesellschaftlichen Handelns betrachtet wird, weisen sie auch auf die Risiken und Gefahren dieses Massenmediums hin: So könne das Internet ebenso für extremistische Meinungen und Gruppierungen genutzt werden, wie für solche mit demokratischer Ausrichtung. Ferner werde das Internet hinsichtlich seiner möglichen Funktion, die Demokratie zu fördern, zunehmend entwertet. Erst Demokratie und demokratisches Bewusstsein der zivilgesellschaftlichen Akteure ermöglichen es überhaupt, bestehende demokratische Strukturen medial zu festigen. Die neuen Medien seien hier nur Mittel zum Zweck.

Der zweite Abschnitt *Welche Medienethik? Medienethik unter zivilgesellschaftlichen Bedingungen* diskutiert medienethische Kriterien für zivilgesellschaftliches Handeln. Zum einen wird die Medienethik als wichtige wissenschaftliche Herausforderung bestätigt, zum anderen wird der Versuch unternommen, ethische Prinzipien und Kriterien wie Transparenz, Wahrheit und Wahrhaftigkeit fest in der Mediennutzung zu verankern. Darüber hinaus erhalten Medien – besonders das Internet als Partizipationsmedium – einen hohen Stellenwert: Sie dienen zivilgesellschaftlichen Akteuren als Instrument der „Sichtbarmachung“. Mit Hilfe dieses Instruments können gesellschaftliche Minderheiten in ihren Rechten gestärkt und staatliche Institutionen kontrolliert werden. Dabei wird der Anspruch erhoben, dass Medien gerecht und gut gestaltet werden sollten, um zivilgesellschaftlichen Akteuren eine Informations- und Handlungsplattform zu bieten. Diese Ansätze gehen von einem positiven und Demokratie fördernden Bild der Zivilgesellschaft aus. Dass dies jedoch nicht immer der Fall ist, skizziert Karsten Weber in seinem Aufsatz „Zivilgesellschaft und Medienethik: Eine unbegründete Hoffnung“. Weber macht deutlich, dass zivilgesellschaftliche Akteure keineswegs immer moralisch gut handeln. Zu zivilgesellschaftlichen Ak-

teuren müssten ebenso auch extremistische Gruppen gezählt werden. Ohnehin geht Weber davon aus, dass zivilgesellschaftliche Akteure zu Fundamentalisten neigen. Die Medien dienen hier als Mittel zum Zweck und würden Probleme eher verstärken anstatt medienethische Prinzipien zum Umgang mit Medien zu entwickeln und zu festigen.

Der dritte Abschnitt *Welche Regulierung und Kontrolle? Medienregulierung in der Zivilgesellschaft* fasst in drei Aufsätzen die Regulierungsmöglichkeiten mit besonderer Berücksichtigung der zivilgesellschaftlichen Akteure zusammen. Welche Regulierungsmöglichkeiten gibt es? Werden Beschwerden der Bürger, insbesondere zivilgesellschaftlicher Akteure, umgesetzt? Auch die Bedeutung der Selbstregulierung der Medien wird in diesem Kapitel vertieft sowie die besondere Stellung des Internets an dieser Stelle akzentuiert: Informationen werden schnell und nicht mehr nur von Journalisten veröffentlicht, dadurch steigt zwar die Quantität der sogenannten Nachrichten im Internet, nicht aber zwingend deren Qualität. Artikel, Nachrichten und Kommentare werden im Internet veröffentlicht, die zuvor weder recherchiert noch auf den Wahrheitsgehalt hin überprüft worden sind. Medienethische Kriterien und journalistischer Anspruch werden häufig umgangen.

Der vierte Abschnitt *Ethische Konstellation im Themenfeld Medien- und Zivilgesellschaft* verbindet abschließend beide Felder miteinander und versucht, die Akteure der Zivil- und Mediengesellschaft hinsichtlich praktischer Umsetzungsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen. Dabei wird zum Beispiel von Matthias Rath Rawls' Theorie der Gerechtigkeit als Gedankenexperiment hinzugezogen: Ausgehend von einem fiktiven Naturzustand unter dem Schleier des Nichtwissens (mit der Unkenntnis der eigenen gesellschaftlichen Situation und der der anderen) müssten gesamtgesellschaftliche Regeln vereinbart werden, die alle Mitglieder, besonders auch die Schwächsten, schützen sollten. Zivilgesellschaftliche Akteure, die im digitalen



Raum agieren (Rath nennt diese moralische Akteure), wissen zwar um ihre eigene gesellschaftliche Situation, nicht aber um die der anderen. Sie sind sich nicht im Klaren über die Folgen ihres Handelns im digitalen Raum. Sie können die Konsequenzen ihres Agierens weder für sich noch für andere abschätzen. Dabei spielt besonders die Veröffentlichung von Informationen auf der Plattform WikiLeaks eine bedeutende Rolle: Die moralischen Akteure wollen mit der Offenlegung von Informationen eines Staates im Internet Ziele wie beispielsweise Gerechtigkeit herstellen, können aber die Konsequenzen weder für diesen Staat noch für andere Staaten geschweige denn deren Bürger vorhersehen. Unter den Bedingungen des Schleiers des Nichtwissens würde eine Zustimmung zur Offenlegung von Informationen eines Staates – besonders in der Verantwortung, die sie ihren Bürgern gegenüber haben – nicht erfolgen. Das Recht auf Geheimhaltung würde vielmehr unter solchen Umständen in den Vordergrund rücken. Darüber hinaus wird in diesem Abschnitt über die Krise von Medien und Journalismus diskutiert. Hier wird erneut betont, dass durch das Internet die Quantität der Informationen steigt, nicht zwingend aber die Qualität. Erst die journalistische Recherche,

Prüfung und Selektion kann Informationen qualitativ verbessern. Der Zivilgesellschaft wird abschließend eine hohe Bedeutung beigemessen: Sie kann Anstöße für medienethisches Handeln geben und als Problemindikator dienen.

Insgesamt bietet der Band „Medien- und Zivilgesellschaft“ eine interessante und abwechslungsreiche Zusammenfassung der Tagung. Angefangen von Habermas' Diskursethik, über den Öffentlichkeitsbegriff nach Luhmann bis hin zu Rawls' Theorie der Gerechtigkeit werden zahlreiche Wissenschaftler mit ihren Theorien zu Kommunikation und Medien sowie zu Zivilgesellschaft, Demokratie und Gerechtigkeit in den jeweiligen Diskussionen eingebunden. Die Behandlung dieser Theorien bleibt jedoch aufgrund der Kürze der Aufsätze häufig oberflächlich und wirkt auch nicht immer stringent. So spannend der Tagungsband auch ist, so deutlich merkt man ihm die damit verbundenen Schwächen an: Es sind zahlreiche Theorien und Meinungen vertreten, die jedoch selten aufeinander aufbauen. Des Weiteren werden konkrete Beispiele zivilgesellschaftlicher Akteure sowie Medienkontrollsysteme deutschsprachiger Länder kurz dargestellt, welche im Kontext des Bandes sicherlich ihre Berechtigung haben, es fehlt jedoch

an der notwendigen Vertiefung der Materie, um diese Themen wissenschaftlich zu fundieren. Während einige Aufsätze den theoretischen Teil der Forschung bedienen, versuchen andere, konkrete Beispiele zu benennen. Das ist zwar abwechslungs- und facettenreich, sorgt aber an einigen Stellen für ein wenig Verwirrung – auch dies ist dem Charakter eines Tagungsbandes geschuldet. Darüber hinaus bedienen sich die Autoren verschiedener Definitionen von Zivilgesellschaft, Vor- und Nachteile werden in unterschiedlicher Gewichtung benannt; für das Nachvollziehen der Argumente einzelner Aufsätze ist das zwar hilfreich, für eine Gesamtdiskussion zum Thema wirkt es jedoch hinderlich. Medienethische Kriterien werden von den Autoren unterschiedlich gewichtet oder teilweise gar nicht benannt. Verständlich ist das insofern, als die Forschung in dieser Hinsicht ohnehin weitgehend diskursiv ist.

Letztendlich erhält der Leser einen guten Überblick über den Forschungsstand zur Medien- und Zivilgesellschaft, der sich nicht zwingend nur an Wissenschaftler wendet. Als Einstieg in das Thema Medien- und Zivilgesellschaft ein durchaus interessanter Band, der nach Vertiefung ruft.

Agnes Kläsener, Lingen



Alternde Gesellschaft

Soziale Herausforderungen des längeren Lebens (Jahrbuch Sozialer Protestantismus 6), Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2013, 327 S., ISBN 978-3-579-08055-0.

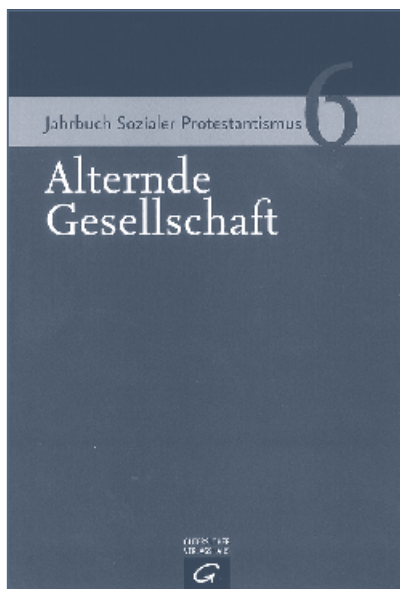
Das sechste Jahrbuch Sozialer Protestantismus mit dem Titel „Alternde Gesellschaft“ dokumentiert einerseits besondere Aktivitäten des Friedrich-Karrenberg-Hauses in Hannover, nämlich dessen Eröffnung als gemeinsames Dach für das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD (SI) und für den Evangelischen Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt (VKWA), die das Jahrbuch gemeinsam tra-

gen, und die Verleihung des Klaus-von-Bismarck-Preises der Stiftung Sozialer Protestantismus an B. Klostermeier. Es versammelt zwölf in vier Themenfelder gruppierte Beiträge zum Titel des Bandes, die in unterschiedlicher Weise das Paradigma der Aktivierung im Alter(n) aufgreifen, das besonders mit dem bestimmenden Altersbild der „Neuen Alten“ als lebensfrohen, gesunden und „jungen“ alten Menschen verbunden ist. Er stellt eine anspruchsvolle, facettenreiche und sehr anregende Lektüre dar, wie der folgende Durchgang mit einigen Pointen zeigen mag.

Die ersten drei Beiträge nach G. Wegners Einführung reißen „Horizonte der alternden Gesellschaft“ auf und an: „Alt“ ist man erst ab achtzig (vgl. P.-A. Ahrens mit interessantem Datenmaterial). Dann erst beginnt das 4. Lebensalter. A. Mayert vom SI führt in historischer Perspektive aus, dass die Einführungsbedingungen staatlicher Alterssicherung sich mit jenen zu decken scheinen, „die zur Erosion der familialen Altersvorsorge geführt haben“ (55), nämlich Industrialisierung, Urbanisierung und der Anteil alter Menschen an der Bevölkerung einer Volkswirtschaft. Schon das vierte Gebot des Dekalogs zielte darauf, die Versorgung alt geworde-

ner Eltern durch die jüngere Generation zu sichern, weil dies schon zu biblischen Zeiten keineswegs immer selbstverständlich war (vgl. 43). Die Bismarck'sche Alterssicherung (seit 1881) machte die Rentenversicherten durch das eigene, wenn auch niedrige Renteneinkommen unabhängiger davon, ob sie eigene Kinder hatten und ob diese willens oder fähig waren, sie im Alter zu versorgen (vgl. 57–60). Damit verloren Altersvorsorgemotive auch an Gewicht in familiären Entscheidungen zu Kindern, das sie vorindustriell noch in hohem Maße hatten. Dies führt inzwischen so weit, dass 61 % der Bevölkerung nicht bejahen, dass gesamtgesellschaftlich „die sozialen Sicherungssysteme durch die Geburt und Erziehung einer größeren Zahl von Nachkommen stabilisiert werden können“ (67). Faktisch bleibt es jedoch dabei, dass weiterhin Altersversorgung in der Familie, mit der Unterstützung staatlicher Altersvorsorge, viele Leistungen erbringt, die so weder Markt noch Staat leisten können. Da sie und ihre Entlastungen für das Sozialsystem jedoch im Altersvorsorgesystem nicht berücksichtigt werden, plädiert Mayert vorsichtig für eine stärkere Kinderberücksichtigung in der Rentenversicherung und für einen „Drei-“ statt „Zwei-Generationen-Vertrag“, in dem „sich Rentenansprüche zum Teil aus Kindererziehungsleistungen von Eltern, zum Teil aus gesellschaftlichen Beiträgen zur Erziehung und Ausbildung der nachfolgenden Generation ableiten sollten“ (71). Die Mayert als unersetzbar erscheinende familiäre Carearbeit, die heute noch in beeindruckendem Ausmaß gegeben ist, lässt sich allerdings aufgrund der hohen Mobilität und Wohndistanz zwischen betagten Eltern und ihren erwachsenen Kindern und ggf. Enkelkindern durch diese Maßnahmen wohl nicht länger sichern.

Den Horizont der großen Religionen eröffnet Harm-Peter Zimmermann instruktiv mit deren Einschätzung des Alters als relevant oder irrelevant: irrelevant, insofern „Altersbilder in großen Religionen in erster Linie Bestandteile von allgemeinen Menschen- und Weltbildern sind, in denen Alter kein zentraler Stel-



lenwert zukommt“ (79). Es ist jedoch relevant, weil auf verschiedene Weise „große Religionen trotz systematischer Relativierung des Alters diesem dennoch Hochschätzung angedeihen lassen“ (79). Dies geschieht besonders, da es „als todgeweiht und somit als liminales Drama [zwischen Immanenz und Transzendenz, KB] erscheint, in dem sich der Glaube, die Gläubigen und das jeweilige Glaubenssystem zu bewähren haben“ (111).

Im zweiten Block eröffnen T. Jähnichen und G. Wegner „sozialethische und theologische Perspektiven“. Jähnichen stellt sehr relevante Überlegungen zur Generationensolidarität und Generationengerechtigkeit an. Insbesondere seien an die jeweiligen Generationen „drei Grundfragen der Generationengerechtigkeit“ (117) zu stellen:

1. „Wie soll sich die aktive Generation gegenüber der älteren und der nachwachsenden Generation verhalten?“
2. Wie hat die ältere Generation die Lebensbedingungen der Nachwachsenden bestimmt, welche Verhaltensnormen [für wen?] lassen sich daraus entwickeln?
3. Welche absehbaren Herausforderungen und Aufgaben stellen sich den nachwachsenden Generationen?“ (117 f.)

Für Generationensolidarität zieht Jähnichen Überlegungen von P. Dabrock zu einem Ethos der Dankbarkeit, des Gebens

und der Gabe heran, kritisiert daran jedoch, dass sie die vielfache Abkopplung der Lebensformen von Generationensolidarität nicht genügend ernst nimmt (vgl. 119–122). Jähnichen bevorzugt, Generationengerechtigkeit im Horizont eines aufgeklärten Eigeninteresses zu betrachten, wie sie schon in der Formulierung des vierten Gebotes Ex 20,12 anklingt. Zur Behebung von Defiziten in der Generationengerechtigkeit plädiert er wie Mayert zuvor für eine sozialpolitische Berücksichtigung von Erziehungs- und Familienleistungen (vgl. 129) und für eine Mindestsicherung im Alter (131).

Umfangreich und reichhaltig fällt G. Wegners Beitrag „Die Entdeckung der Generativität des Alters. Die Theologie im gerontologischen Diskurs“ aus. Er zeichnet die Spannung zwischen den klassischen theologischen Deutungsmustern mit ihrer „Mortalitätsorientierung“ und den neuen Diskursen der Generativität und sogar *Natalität* im Alter nach, die sich besonders dem neuen Sozialtypus der jungen Alten verdanken. Die alte Disengagement-These werde umgekehrt: „Berufstätigkeit, die weder über- noch unterfordere, sei die beste Gerontoprophyaxe“ (156, nach U. Lehr). Leitbild ist das erfolgreiche, aktivierte Altern. Dieses kann freilich ökonomisch für Produktivitätssteigerungen instrumentalisiert werden. Andererseits ist A. Kruses Bild von einem gelingenden Alter „in fünf Aspekten“ in hohem Maße attraktiv: Selbsttätigkeit, Selbstverantwortung, bewusst angenommene Abhängigkeit, Mitverantwortung und Selbstaktualisierung (vgl. 161). Die Natalitätsorientierung betont die Perspektive, auch im Alter neu werden und Neues schaffen zu können. Wegner warnt vor der Gefahr, Erfahrungen der Endlichkeit und Verletzlichkeit damit zu überdecken und verknüpft die theologische Natalitätsorientierung mit einer anthropologischen Grundstruktur, dass der Mensch ein ständiger Anfänger sei und bleibe (vgl. 166).

Es ist nicht ohne Ironie, dass diese Natalitätsorientierung theologisch-ethisch so gar nicht mit der von Wegner in der Einführung selbst konstatierten „Repro-



duktionskrise“ (7) hoch entwickelter Länder in Verbindung gebracht wird. Ist die Reproduktionskrise doch sehr wörtlich eine Natalitätskrise, in der es nicht primär um alternde „Ichs“, sondern um deren erwachsenes, generatives Ja zum ganz neuen Leben von „Dus“ geht. So bleibt die (geronto-) theologische Natalitätsorientierung noch in einem tendenziell narzisstischen Kokon der Selbstvervollkommnung stecken. Kann sie gnadentheologisch, eschatologisch, individual- und sozialetisch kompensieren oder nur ausblenden, dass die überreiche Gabe des Lebens im zweiten Lebensalter nicht zur „inkarnierten“ Weiter-Gabe des Lebens führte?

Der dritte Teil des Jahrbuches ist sozialpolitischen Brennpunkten gewidmet. Im Kontext des sechsten Berichts zur Lage der älteren Generation (2010) berichten C. Eitner und G. Naegele über eine eigene Studie zu Fremd- und Selbstbildern vom Altern in der Arbeitswelt, über Altersbilder in Unternehmen und ihr Einfluss auf die Leistungsfähigkeit (173–186) und empfehlen eine „lebenszyklusorientierte Personalpolitik“ als „ein Instrument zur Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit Älterer und zur Überwindung traditioneller Altersbilder in den Unternehmen“ (187). Mittlerweile nimmt die Quote der Arbeitnehmer über 60 in Deutschland stetig zu. Vermutlich tun auch die Erfordernisse des Arbeitsmarktes das ihre zu deren Überwindung. D. Hackler plädiert für und sieht eine „neue Kultur des Alters“ heraufziehen, im Sinne der Aktivitäts-, Kompetenz- und Chancenmodelle in einer Gesellschaft des langen Lebens, die freilich auch die dauerhafte Sicherstellung einer menschenwürdige Pflege leisten müsse (vgl. 201). T. Klie führt sehr informativ und sachkundig in das aktuelle Thema der Altersdiskriminierung und Altersgrenzen im Recht ein, das auch die Kirchen betrifft und in die Verantwortung nimmt: „Eine stärkere Sensibilität für Altersdiskriminierungen kann in jedem Fall einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die individuellen und kollektiven Altersbilder zu differenzieren und die gesellschaftliche

Stellung älterer Menschen neu zu bestimmen“ (245). Soziologische Kritik im Gefolge Foucaults formuliert K. R. Schroeter an der sozialpolitischen Formulierung und „*illusio*“ der Altersaktivierung im Sog des Diskurses vom „aktivierenden Sozialstaat“ (vgl. 246). Damit greift er aktuell vorherrschende Paradigmen der Sozialarbeitswissenschaft, nämlich Empowerment und Kompetenzaktivierung, und der Sozialgerontologie an, nämlich die Rede vom aktiven, erfolgreichen und produktiven Alter(n). Ebenso sieht er die Altersaktivierung in Verbindung mit der Bio-Politik: „In den modernen Kontrollgesellschaften geht es nicht mehr um die Unterdrückung und Einschließung störender und widerspenstiger Subjekte, sondern um die Produktion des zuverlässigen und flexiblen Menschen. [...] Aktivität wird politisch und ökonomisch instrumentalisiert und zum regulativen Ideal, zur modernisierten Formel des ‚survival of the fittest‘. Der Aktivitätsdiskurs wird zu einer ‚Waffe der Macht, der Kontrolle, der Unterwerfung, der Qualifizierung und Disqualifizierung‘ [Foucault]“ (267).

Schroeters Beitrag ist eine wohlthuende Warnung vor der Ausgrenzung all jener, die im Alter nicht aktiv, erfolgreich, produktiv sind: „Die Kehrseite von Aktivität und Eigenverantwortlichkeit heißt dann, dass Misserfolge jenen zugerechnet werden, denen es nicht gelingt, erfolgreich im Sinn des Aktivierungsparadigmas zu handeln“ (268). Ohne Mühe ließen sich die Auswirkungen dieses Paradigmas auch auf das zweite Lebensalter und dessen Reproduktionskrise thematisieren.

Den vierten Teil widmet das Jahrbuch Praxisfeldern: K. Bergmann betrachtet die „Zukunft der alternden Kirche“. Der Alterswandel, ganz im Sinne des Aktivierungsparadigmas, müsse „als Querschnittsthema bei der Gestaltung aller kirchlichen Handlungsfelder Berücksichtigung“ (281) finden, statt auf Kosten der Heterogenität, Potenziale und Erwartungen älterer Menschen nur die „diakonische Sicht“ auf das Alter zu pflegen. „Damit die Kirche eine Zukunft mit dem veränderten Alter hat, muss sie sich

selbst verändern“ (285). Dies nimmt jedoch nichts vom Gewicht der Fragestellung von C. Coenen-Marx zum „Wert der Pflege“. Sie warnt vor der drohenden Pflegeglücke, fordert neben aktiver zivil- und kirchengemeindlicher Sozialraumorientierung und Vernetzung der Dienste eine stärkere Beteiligung der Männer an der notwendigen Care-Arbeit und stößt ein Nachdenken über Inklusion und persönliches Budget für Pflegebedürftige und Demenzkranke an (vgl. 296). Daran fügen sich bestens die Überlegungen von K. Dörner an: Im Gemeinde-Nahraum zwischen privatem und öffentlichem Sozialraum, im eigenen Dorf oder Viertel (mit den Kirchengemeinden) sei am besten der größte, gesamtgesellschaftliche „Hilfebedarf der ganzen Menschheitsgeschichte“ (297) umzuverteilen, in den die Altenpflegefrage die gesamte Bevölkerung involviere. In ambulanten Wohnpflegegruppen, in jeder Kirchengemeinde sollte es Care-Arbeit geben, könne das Bedürfnis nach Hilfe und das Bedürfnis zu helfen in einem zukunftsfähigen „Bürger-Profi-Mix“ realisiert werden; sie könnten alle Einwohner einbeziehen und resozialisieren hin zu einer „lebendigen Inklusionsgesellschaft“ an der Stelle von Institutionalisierung und Professionalisierung des Helfens. Deren „Verlierer [...]“ waren die institutionalisierten Hilfebedürftigen und die übrigen Bürger, die von ihrer sozialen Zeit zu sehr entlastet wurden, sowie die vier solidaritäts-stabilisierenden Institutionen der Familie, der Nachbarschaft, der Kommune und der Kirchengemeinde“ (301). Hieraus erwachsen wichtige Anfragen für die Weiterentwicklung der professionellen Altenhilfe in Diakonie und Caritas. Dörner formuliert den Dienst der „Alten“ an einer durch Beschleunigung (H. Rosa), Produktivität und Aktivierung dominierten Gesellschaft überdeutlich als Chance zur Resozialisierung qua Solidarität im Nahraum. Auch für die Kirche(n) mit ihren Gliedern aus allen Lebensaltern liegt sie in der glaubwürdigen, selbst-vergessenen bzw. hingabebe-reiten „Rückkehr zur Diakonie“ (A. Delp).

Klaus Baumann

Klima-Kulturen

Welzer, Harald/Soeffner, Hans-Georg/ Giesecke, Dana (Hg.): *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*, Frankfurt a. M./New York: Campus 2010, 304 S.

Am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI), das in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Erforschung des Klimawandels deutliche Akzente gesetzt hat, ist auch der vorliegende Sammelband entstanden, der den zunächst und zumeist physikalisch verstandenen Klimawandel als „Kulturwandel“ (7) deuten will. Damit verbinden sich zwei grundlegende Thesen. Die Herausgeber und Autoren vertreten die Auffassung, dass eine wirksame Problemlösung nur gelingen könne, wenn die soziale Dimension des Klimawandels, d. h. seine gesellschaftlichen Auswirkungen wie auch seine gesellschaftlichen Ursachen und zudem die sozialen Dynamiken seiner Thematisierung, ausreichend reflektiert und beachtet würden. Daher müssten sich die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften vermehrt diesem Themenfeld zuwenden und zugleich ihre bisherigen Ansätze, Methoden und Resultate kritisch hinterfragen. Beide Aspekte seien unmittelbar miteinander verbunden: „Wenn die Deutungseliten auf ihr kritisches Potenzial verzichten, wird die Demokratie eines machtvollen Korrektivs beraubt und die Zivilgesellschaft einer analytischen und damit politischen Kraft“ (14).

Die vielfältigen Ausführungen des Buchs lassen sich grob drei Themenkreisen zuordnen, wobei etliche Beiträge mehrere Themenfelder berühren: Erfahrungen, Veränderungsstrategien sowie Reflexionen auf die Wissenschaft – nur dieser letzte Aspekt wird im Folgenden besprochen. Daneben finden sich auch einige wenige interessante Überlegungen zur Religion.

Das Erfordernis einer sozialwissenschaftlichen Ausrichtung der Klimaforschung wird mit besonderem Nachdruck von den beiden Historiker Franz Mauels-



hagen und Christian Pfister betont, die auf der Basis einer Reflexion der Historischen Klimatologie die Position formulieren, dass die Klimafolgenforschung nicht von der Basiskategorie Klima ausgehen, sondern bei den sozialen Folgen ansetzen solle. Damit wird das große Defizit angesprochen, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften in der Klimaforschung teils auch aus eigenen Gründen zu wenig vertreten sind.

Ulrich Beck fasst in einer soziologischen Betrachtung den Klimadiskurs in acht Thesen zusammen, die zugleich die Theoriearbeit der Soziologie selbst betreffen, etwa die Paradoxie der Kategorie „Umwelt“, die das Soziale ausschließen müsse, aber nicht dürfe (34). Beck nimmt dabei auch eine Korrektur gegenüber einer früheren Position vor: Umweltverschmutzung wirke nicht nur „demokratisch“, insofern sie alle unabhängig vom sozioökonomischen Status gleichermaßen betreffe, sondern der Klimawandel sei „beides: hierarchisch und demokratisch“ (38), er verstärke manche soziale Ungleichheiten, während er andere aufhebe.

Der Politologe Dirk Messner ordnet den Klima- in den Globalisierungsdiskurs ein und diagnostiziert inzwischen einen „Globalisierungsdiskurs 3.0“ (66), in dem es nicht mehr allein um die Entgrenzung der Ökonomie oder um weltweite Machtverschiebungen, sondern um globale Entwicklung im Kontext einer Reflexion der Grenzen des Erdsystems gehe. Die Situation der Klimapolitik weise dabei große Ähnlichkeiten mit dem militärischen Wetttrüben zur Zeit des Kalten Krieges auf, nur dass sich dieses Mal die Staaten nicht mit Waffen, sondern mit einer kohlenstoffintensiven Wirtschaftsweise bedrohten.

Ebenfalls mit Blick auf die globale Verfasstheit des Klimadiskurses sieht der Ökonom Birger Priddat „das Ende der geotopologischen Identität“ (81) gekommen. Während die vergangenen großen Klimakonferenzen auf Einheit gesetzt hätten, werde inzwischen vermehrt erkannt und thematisiert, dass die Folgen des Klimawandels regional verschieden seien: „Die *values* von fruchtbarem Land + Wasser + moderater Temperatur werden neu verteilt – eine Art Sekundärschöpfung der Erde“ (83). Nicht das stabile Klima als globales Gemeingut, sondern regionale öffentliche Güter seien das beherrschende Thema. Diese Konstellation werde zu einer Vielzahl an neuartigen, themen- und ortsbezogenen Koalitionen zwischen Klimagewinnern, -verlierern und -neutralen führen.

Mit Blick auf die ethische Reflexion des Klimawandels problematisiert Dieter Birnbacher die geeignete Begründungskategorie und spricht sich in der bei ihm bekannten utilitaristischen Sichtweise gegen das Verursacher- und für das Vor- und Fürsorgeprinzip aus. Damit wird aus Sicht des Rezensenten nicht nur die vielfach vorherrschende Missdeutung des Utilitarismus als Egoismus wirksam widerlegt, sondern zugleich auch eine Brücke zum christlichen Grundsatz der global auszuweitenden Nächstenliebe oder Option für die Armen geschlagen. Dass die Grundkategorie der Fürsorge eher ungewöhnlich und ungewohnt ist, zeigt sich



im Beitrag von Bernd Hunger und Werner Wilkens, die ganz selbstverständlich (und leider ohne Bezug zu Birnbachers Überlegungen) vom Verursacherprinzip ausgehen (162).

Abschließend sei noch kurz auf die Äußerungen zur religiösen Facette des Klimawandels eingegangen. Priddat sieht das Ende einer theologischen Konstruktion gekommen (83f). Entgegen dem neuzeitlichen Verständnis sei die Natur doch nicht einfach passive oder gar tote Materie, deren Potenziale gleichsam von der Technik erst geschaffen werden müssten, sondern im Klimawandel erweise sie sich als sehr lebendig: Sie erneuere sich durchaus eigenständig, doch in eigenen Zyklen – und damit rücksichts-

los gegenüber menschlichen Absichten und Bedürfnissen.

Darüber hinaus thematisieren Priddat wie Lars Clausen, wenngleich eher nebensächlich, die Rollen von Christentum und Islam im Rahmen des Klimawandels. Priddat sieht den Islam in einer Selbstpositionierung als transnationale Religion, die als „dominante Migrantenreligion [...] die Inklusionsverweigerung der nordatlantischen Staaten in ein Programm“ der bewussten Abgrenzung vom westlichen Lebens-, Wohlstands- und Gesellschaftsmodell umkehre (95). Clausen zufolge sei seitens des Christentums zumindest in manchen Regionen mit einer komplementären Ausgrenzungstendenz zu rechnen.

Der Sammelband versammelt sieben Perspektiven, die teils auf der Meta-, teils auf der Objektebene den Klimawandel und seine kulturwissenschaftliche Thematisierung reflektieren. Die Qualität der Beiträge variiert, aber im Ganzen lässt das Buch deutlich werden, dass die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften erst dabei sind, zu lernen, sich dem gar nicht mehr so neuen Globalthema Klimawandel zu stellen und sich in die Klimafolgenforschung mit ihrer je eigenen Kompetenz produktiv einzubringen. Dass in dem Band eine theologische Stimme fehlt, kann als eine Rückmeldung der Kulturwissenschaften an die Theologie, als ein Hinweis auf ein Forschungsdesiderat gelesen werden.

Jochen Ostheimer, München



Entwicklungspolitik als Arbeitspolitik

Demele, Markus: *Entwicklungspolitik als Arbeitspolitik. Kultursensible Decent Work-Strategien der International Labour Organization, Marburg: Metropolis 2013, 519 S., ISBN 978-3-7316-1021-2.*

Der Mensch arbeitet. Auf dem Feld, in der Fabrik, im Kleingewerbe, als Handwerker, in der Dienstleistung, in der Familie und für die Familie – und manchmal auch nur für sich selbst. Arbeit ist auf ganz existenzielle Weise und unmittelbar mit dem Gelingen des Lebens verknüpft, und Gelingen heißt in vielen Teilen der Welt oft genug auch: das bloße Überleben wird durch Arbeit gesichert. Wenn aber das schiere Überleben der Familie oder der eigenen Existenz allein durch Arbeit gesichert werden kann, dann sind Gefährdungen der Arbeit nicht weit: durch Ausbeutung, Lohndumping oder gar durch das Vorenthalten von ausgemachter Entlohnung. Diese Gefahren drohen den Arbeitenden insbesondere dann, wenn sie in unsicheren, rechtlosen, möglicherweise sogar illegalen Lebenskontexten ihren Unterhalt verdienen müssen; Arbeit als Broterwerb ist immer dann gefährdet,



wenn sie von starken Machtasymmetrien beherrscht wird.

Diese existenzielle Situation des Menschen liegt der Forderung der ILO nach einem menschenwürdigen Lohn zugrunde, und jene markiert die Überzeugung, dass nur fair bezahlte, an ihren Arbeitskontexten mitgestaltende und selbstbewusste Arbeitende überhaupt in der Lage

sind, die Früchte ihres Arbeitens in Freiheit genießen und sich im weiten Sinne entwickeln zu können. Umso erstaunlicher, dass diese Perspektive der ILO auf die menschliche Arbeit, so Markus Demele in seiner jüngst erschienenen Dissertation, in der entwicklungspolitischen Forschung eher ein Randdasein führt. Obgleich die ILO mit ihrer Gründung im Jahr 1919 zu den ersten global denkenden und agierenden Institutionen gehört, wird ihre Stimme im Konzert der internationalen Entwicklungsakteure nicht allzu häufig gehört – obwohl der Kampf um menschenwürdige Arbeit Entwicklungsprozesse wahrscheinlich viel besser fördert als Alimentierungsmodelle, die immer in Gefahr stehen, die Selbstverantwortung zu zerstören. Arbeit, so scheint es, ist vielleicht etwas so Banales, dass es für Entwicklungsakteure nicht *en vogue* ist, auf sie einen besonderen Fokus in den Entwicklungspolitiken zu legen.

Das Buch von Markus Demele ist in drei Teile gegliedert. Zunächst wird im ersten Teil die normative Grundperspektive der ILO analysiert; *Menschenwürdige Arbeit* ist die Zielsetzung der ILO,

und auf diesem Ziel baut ihr institutionelles Gerüst auf, wie sich daraus auch der Forderungskatalog ergibt, den die ILO auf globaler Ebene für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen formuliert. Wie aber kommt die ILO zu dieser Forderung, welche Prämissen für die eigene Arbeit entstehen aus diesem Anspruch, und vor allem: Wer sind die Akteure, die sich in der Praxis für die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeit einsetzen sollen? Zur Beantwortung dieser Fragen eröffnet Demele ein reichhaltiges Panorama neuester sozialwissenschaftlicher Forschungsliteratur. Dieses Panorama mündet allerdings in der zunächst einigermaßen ernüchternden Feststellung, dass menschenwürdige Arbeit durch die ILO zwar zu Recht eingefordert, inhaltlich durch sie aber – unkritisch – ein deutlich ökonomistisch-industrialistischer Entwicklungsbegriff eingesetzt wird, der noch dazu spezifisch kulturelle Phänomene aus dem Entwicklungsdiskurs ausblendet: Kultur ist dadurch, so Demele, eine bloß „marginalisierte Determinante von Entwicklung“. Nach einer eingehenden Untersuchung der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit kommt Demele in diesem Kontext zu dem Schluss, dass der Faktor Kultur durch die ILO entweder als schützenswertes Phänomen (sc. „als Kultur der edlen Wilden“) oder umgekehrt als Behinderung auf dem Weg zu einer menschenwürdigen Arbeitswelt gesehen wird; inwieweit der Faktor Kultur zwischen diesen beiden Polen jedoch überhaupt eine Rolle in der konkreten Praxis der ILO spielt, untersucht Demele im zweiten Teil.

Dort geht er nun der Frage nach, wie die Agenda speziell in Kenia durch das regionale *Decent Work Country Programme Kenya* umgesetzt wird. Nach einer längeren Einführung zur Geschichte und Wirtschaftslage Kenias werden in der Folge die örtlichen Probleme für die decent-work-Strategien der ILO erörtert: Korruption, Klientelismus, eine mangelbehaftete Datenlage, ungenügend arbeitende staatliche Institutionen, nicht existierende oder nur ungenügend ausgebildete Gewaltenteilung, vor allen Dingen aber

ein wuchernder informeller Wirtschaftssektor, der in Kenia ungefähr 80% der arbeitenden Bevölkerung umfasst, während der formelle Sektor zunehmend im Schwinden begriffen ist. In diesem von Demele breit entfalteten Kontext bleibt stets hervorragend nachvollziehbar, entlang welcher Problemanzeigen das Landesprogramm der ILO für Kenia konkretisiert worden ist – aber es werden auch die Fehlstellen explizit herausgearbeitet. Mit einer Untersuchung der kulturellen Besonderheiten Kenias kommt Demele im Folgenden deshalb zu umfassend reformulierten Prioritätsbereichen für das Country Programme Kenya: nämlich die „(1) Förderung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Arbeit und die Abschaffung von Kinderarbeit, (2) die Implementierung beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitiken und (3) die Förderung des nationalen sozialen Dialogs“. Seine Kritik des bestehenden Landesprogramms führt entsprechend die These fort, dass die eigentlich viel differenzierter darzustellende ökonomische wie kulturell-soziale Wirklichkeit Kenias zu stark vereinfacht wird und dadurch offensichtliche Problemfelder ausgeblendet werden. Die Strategieentwürfe, die Demele aus diesen Fehlstellen entwickelt, sind für die künftige Arbeit der ILO in ihren unterschiedlichen Dimensionen schlüssig und an Positivbeispielen aufschlussreich belegt, wenngleich gerade hier ein gewisser paternalistischer Idealismus zu spüren ist – indem bspw. im Kontext der Familie und ihrer typischen Rollenmodelle eine „kulturelle Evolution“ (S. 358) angestoßen werden soll, die, wie Demele allerdings auch selbst bemerkt, sogar in den Ländern Westeuropas nur langsam voranschreitet.

Im letzten Teil seines Buches ist Demele darum bemüht, seine an Kenia gewonnenen Erkenntnisse und Analysen zu universalisieren, um sie dadurch für künftige entwicklungspolitische Engagements der ILO nutzbar machen zu können. Das primäre Resultat seiner Arbeit sieht er in der Überzeugung, dass „[i]nternationale Arbeitspolitik als Entwicklungspolitik“ (S. 381) verstanden werden müsse;

die Ergebnisse aus dem zweiten Teil aufgreifend will er mit diesem Verständnis gewährleistet wissen, dass Arbeit als individuelle Entwicklungschance nicht als etwas gesehen werden darf, was auch durch großzügige, gleichwohl paternalistische Alimentierung von außen substituierbar ist. Internationale Arbeitspolitik hätte dann unter der Einbeziehung aller Akteure in Sozialdialoge – staatliche Institutionen besitzen hier zunächst die Verantwortung für Dialogermöglichung – die Aufgabe, das Gesamtmarktwirtschaftlicher und nicht-marktwirtschaftlicher Arbeit zur Entwicklung menschenwürdiger Lebensverhältnisse zu gestalten. Demele macht zu Recht klar, dass dieses weite Verständnis des Sinns von Arbeit unmöglich allein durch typische Politiken der Arbeitsmarktgestaltung oktroyiert werden kann, sondern in jedem Fall und unvermeidlich mit Überzeugungen guten Lebens angereichert sein wird, welche aus dem kulturellen Hintergrund der Gesellschaft emanieren. Die dadurch als notwendig angezeigte Kultursensibilität bringt allerdings die Gefahr eines Relativismus mit sich, wie Demele richtig erkennt; es gilt also, eine Perspektive zu entwickeln, die die universalen Vorstellungen von „decent work“ mit den partikularen angemessen vermittelt und noch dazu die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt (für Kenia beispielsweise die nur schwach ausgebildeten Gewerkschaften, bzw. der starke informelle Sektor ohne institutionelle Anbindung). Demele optiert deshalb für einen „Tripartismus Plus“, der die am Sozialdialog teilnehmende Akteursbasis erweitert und dadurch auch die Wünsche und Sorgen bislang nicht beteiligter gesellschaftlicher Gruppen zu Gehör bringt. Entlang der im zweiten Teil geführten Untersuchung schlägt er deshalb konkret vor, auf lokaler Ebene indigene und ethnische Gruppen wie auch Vertreter von Religionsgemeinschaften am Sozialdialog zu beteiligen. Kultursensibilität bedeutet aber gerade in diesem Zusammenhang, die Zusammensetzung der am Sozialdialog beteiligten Akteure nicht normativ vorzugeben, sondern je

spezifisch auf die Gegebenheiten vor Ort zu reagieren, um einen möglichst hohen Verbindlichkeitsgrad der ausgehandelten Arbeitspolitiken garantieren zu können.

In seinen abschließenden Überlegungen formuliert Demele Vorschläge, wie sich die ILO in ihrer institutionellen Gestalt als Akteur auf internationaler Ebene reformieren müsste, um dem Anspruch der Arbeitspolitik als Entwicklungspolitik besser nachkommen zu können: Geltend gemacht werden hier Forderungen nach Transparenz und Demokratisierung, aber auch das Desiderat einer

ILO-internen kultursensiblen Neuorientierung der unterschiedlichen Fachbereiche. Seine Ausführungen enden mit einer verhaltenen Bewertung des Kampfes der ILO für menschenwürdige Arbeit: In der Tendenz richtig, wird er nur dann langfristig Erfolg haben können, wenn die ILO ihre Anliegen international zu Gehör bringen und im Konzert der zahlreichen globalen Akteure mit dem Blick auf die Arbeitswelt der konkreten Menschen vor Ort argumentativ durchsetzen kann.

Markus Demele hat mit seinem Buch eine bestechende Arbeit vorgelegt, die

sowohl durch die Fülle und ansprechende Präsentation des rezipierten Forschungsmaterials wie auch durch die stets hochreflektierte und immer nachvollziehbare Argumentation überzeugt, die außerdem in wichtigen Strategieempfehlungen für die ILO mündet. Eine Lektüre sei zuallererst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ILO selbst empfohlen, aber selbstverständlich wird auch der Leser, der sich arbeitsweltpolitisch bilden möchte, reichhaltigen Nutzen aus diesem Werk ziehen können.

Michael Hartlieb, Bergisch-Gladbach

Den Geldschleier lüften!

Bernhard Emunds/Wolf-Gero Reichert (Hg.): Den Geldschleier lüften! Perspektiven auf die monetäre Ordnung in der Krise (Die Wirtschaft der Gesellschaft Jahrbuch 1), Marburg: Metropolis 2013, 336 S., ISBN 978-3-7316-1002-1.

Es ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, das Wirtschaftssystem ökonomisch, sozial und ökologisch tragfähig zu gestalten. Dazu müssen die Probleme, Erfordernisse und Möglichkeiten identifiziert und öffentlich sowie wissenschaftlich breit und gründlich diskutiert werden, damit zukunftsfähige Gestaltungsempfehlungen entwickelt werden können. Diesem Anliegen widmet sich die interdisziplinäre Tagungsreihe „Die Wirtschaft der Gesellschaft“, die das Oswald von Nell-Breuning-Institut der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt a.M. gemeinsam mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg 2012 gegründet hat.

Ein solches wirtschaftliches Phänomen, das förmlich nach einer guten und gerechten Gestaltung ruft, ist das Geld- und Kreditsystem. Die weltweite Finanzkrise, die zu Wirtschafts- und Schuldenkrisen führte, brachte die Dringlichkeit dieses Problems einer breiten Öffentlichkeit vor Augen.



Ein beachtenswerter Beitrag zu dieser Thematik ist das vorliegende Buch, das auf die erste Veranstaltung der erwähnten Tagungsreihe zurückgeht. Es untersucht die monetäre Ordnung konkret im Hinblick auf die Etablierung von weniger krisenhaften Strukturen und grundsätzlich als Analyse der Bedeutung und Eigenlogik von Geld und Kredit. Der Titel ist programmatisch: „Den Geldschleier lüften!“ Unmissverständlich wird davon ausgegangen, dass die gegenwärtigen Probleme nur langfristig zu lösen

sind, wenn die Wirkungen des monetären Systems auf die Gesamtökonomie, die Gesellschaft und die Lebenswelt beachtet werden. Geld ist nicht neutral, das Finanzsystem ist nicht wertfrei. Dieser Ansatz lehnt damit explizit die These der klassischen und neoklassischen ökonomischen Theorie ab, dass das Geld selbst neutral sei: Es sei eine Recheneinheit für den Wert von Ressourcen, Waren und Dienstleistungen, ein Mittel zum Tauschen unterschiedlichster Dinge und ein Instrument zur Aufbewahrung von Werten bzw. Vermögen. Der Wert der Dinge gründe darin, welchen Wert ihnen von den AkteurlInnen zugesprochen werde. Aber Geld habe nach dieser These keinen Wert an sich; die Geldmenge wirke sich nicht auf die Realwirtschaft, wie beispielsweise die Produktionsmengen, aus. Das Geld liege demnach wie ein Schleier auf dem realwirtschaftlichen Bereich. Der Schleier beeinflusse aber die darunter liegenden wirtschaftlichen Prozesse nicht. Wenn man diese darunter liegenden und eigentlich bedeutsamen Phänomene erkennen wolle, müsse man den Schleier wegnehmen.

Die Sicht, dass das Geld bloß ein Schleier sei, wird in diesem Buch als der Realität widersprechend abgelehnt. Genauer: Gerade diese Schleierthese verhüllt den Blick auf die tatsächlichen Dy-



namiken von Geld, Kredit und Finanzsystem.

Das ist das Programm dieser Publikation. Sie will den Schleier des Geldes lüften – aber in einem grundsätzlichen Sinn. Der Schleier ist vor allem die These von der Neutralität des Geldes, also die neoklassische Geldtheorie; „der Geldschleier hebt sich mit dem Entschluss, Geld nicht mehr als neutralen Schleier wahrzunehmen“ (15). Dadurch werden die weit reichenden Einflüsse und Zusammenhänge von Banken, Geld- und Kreditsystem sowie gesellschaftlich prägenden Finanz- und Schuldenkrisen in ihrer umfassenden wirtschaftlichen, sozialen Bedeutung sichtbar und analysierbar; neue Handlungsoptionen erschließen sich.

Bernhard Emunds und Wolf-Gero Reichert legen hier einen ausgesprochen informativen und anregenden Sammelband vor. 12 Originalbeiträge und 5 klug ausgewählte Wiederabdrucke betrachten Teilfragen aus unterschiedlichen Perspektiven, nämlich der Wirtschaftsgeschichte, Ökonomie, Soziologie, Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsethik und Theologie. Die Artikel sind nach einem ausführlichen einleitenden Beitrag der beiden Herausgeber drei inhaltlichen Blöcken zugeordnet:

Im ersten Teil (29–104) finden sich Beiträge zum Thema „Die Finanz- und Schuldenkrise. Phänomene, Ursachen, Lösungsvorschläge“. Die Beiträge sind ge-

rade durch die unterschiedlichen Positionen inspirierend. Worin die wirklich hilfreichen Gestaltungen des Finanzsystems und die entsprechenden politischen Maßnahmen gesehen werden, liegt demnach letztlich an den unterschiedlichen Deutungen der Finanzkrise und der jeweils festgestellten Ursachen bzw. Gründe.

Der zweite Teil (105–229) widmet sich den Grundlagen: „Das Geld- und Kreditsystem. Blickwinkel einiger Disziplinen und Schulen“. Die Autoren präsentieren unterschiedliche Positionen zur Frage, worin das „Wesen“ des Geldes bzw. das Charakteristische des aktuellen Geld- und Kreditsystems sowie des sogenannten Finanzkapitalismus liegt und worin die Funktionsweisen und die Stärken alternativer Modelle bestehen.

Die Zusammenhänge, Wirkungen und Gestaltungsnotwendigkeiten im komplexen Bereich der Finanzwirtschaft können gegenwärtig aber nicht als reine Frage der richtigen oder klugen Wirtschaftspolitik oder der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse betrachtet werden. Ethische und existenzielle Überlegungen sind unverzichtbar. Daher befasst sich der dritte Teil (231–333) mit „Geld, Krise und Moral“. Dem Geld kann eine moralische Qualität zugesprochen werden, es wird aber mitunter auch völlig amoralisch gesehen. Jedenfalls aber kommen dem Geld in der modernen Gesellschaft entschei-

dende Funktionen hinsichtlich der sozialen Teilhabe zu, die in ethischer und in theologischer Perspektive hervorzuheben und von denen her die Bedeutung und der Reiz des Geldes sowie die Kategorie der Schulden kritisch zu betrachten sind.

Mittlerweile gibt es am Buchmarkt eine enorme Fülle zum Thema Finanzkrise. Dieser Sammelband verdient es, hervorgehoben zu werden. Er ist ein echter Beitrag zur Debatte: Erstens lädt er die LeserInnen dazu ein, beim Problem der Finanzkrise im Besonderen die Grundlagen der ökonomischen und politischen Sicht auf die Zusammenhänge zu ergründen und zu diskutieren. Zweitens erschließt sich den LeserInnen die gesellschaftliche Notwendigkeit, die Sicht auf Geld und Kredit sowie auf den monetären Sektor zu hinterfragen und zu schärfen. Drittens werden Lösungsvorschläge kritisch diskutiert und gesellschaftliche Anforderungen formuliert, die die Suche und Entscheidung für tragfähige Gestaltungen der Finanzordnung befruchten können.

Wer sich an den Diskussionen zur Finanzkrise mit ethischem, wirtschaftlichem oder soziologischem Interesse beteiligt und wer an der Gestaltung des monetären Systems mitbeteiligt ist – dem sei dieses Buch ans Herz gelegt.

Edeltraud Koller, Linz

